

Faschismus 4.0

Was ist neu an der neuen Rechten?

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Anna-Katharina Meßmer, Max Reinhardt, Thilo Scholle, Stefan Stache und Felix Welti¹

Foto: © Prazis Images - stock.adobe.com



Rechtsextreme Entwicklungen gewinnen im globalen Maßstab an Dynamik. Längst geht es um Wahlerfolge von Minderheitsparteien, die – wie aktuell in Thüringen – Regierungsbildungen erschweren; um Diskurse in der Zivilgesellschaft, die auch die Agenda anderer Organisationen beeinflussen. Es geht um Anfeindungen und Gefährdungen von Menschen im Alltag wegen Hautfarbe und Herkunft, sexueller Orientierung oder politischer Gesinnung. Hierzu zählen Gruppen wie z.B. auch Menschen der LGBTQ-Community, die teils mehrfach diskriminiert und

gefährdet sind. Rechtsextreme Parteien und Bewegungen und solche, in denen Rechtsextreme zumindest Einfluss haben, greifen global nach staatlicher Macht auf allen Ebenen, sei es in Brasilien oder auf den Philippinen, in Indien, in Frankreich, in Italien oder Österreich.

Dass es dabei längst nicht nur um diskursive Verschiebungen geht, mussten nicht erst die Anschläge von Halle und Hanau zeigen. Mehr als 200 Tote seit 1990 in Deutschland sprechen eine eindeutige Sprache. Der Anschlag von Utoya auf die norwegischen Jusos, der Mord an der Labour-Abgeordneten Jo Cox oder an Walter Lübcke erinnern daran, dass rechtsextreme Gewalt auch politische Gegner konkret mit dem Leben bedroht.

Die Einschläge kommen näher – einerseits. Andererseits war es bislang jedenfalls

¹ Dr. Anna-Katharina Meßmer ist Soziologin und Beraterin. Derzeit arbeitet sie als Projektleiterin für digitale Nachrichten- und Informationskompetenz bei der Stiftung Neue Verantwortung.

Dr. Max Reinhardt ist Mitglied der spw-Redaktion und Autor zahlreicher Publikationen zur SPD und zu sozialen Milieus.

Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

Prof. Dr. iur. Felix Welti arbeitet am FB Humanwissenschaften der Universität Kassel und ist Mitherausgeber der spw.

in der EU auch immer noch möglich, dass Beteiligungen der Lega, des Front National oder der FPÖ an regionalen oder nationalen Regierungsmehrheiten durch Wahlen wieder beendet werden konnten. Vergleiche mit dem historischen Faschismus und Nationalsozialismus sind immer schwierig und mit Vorsicht zu ziehen. Und auch in einem vergleichbar mörderischen „Faschismus 4.0.“ ist jedenfalls in Europa in diesem Jahrhundert noch niemand aufgewacht. Dennoch ist es gut, dass das Sensorium für Rassismus und Antisemitismus, für Feindschaft gegen Demokratie und Rechtsstaat, gegen Gewerkschaften und Frauenbewegung noch und wieder da ist.

Das schlechte Gefühl, die Angst, der berechtigte Aktivismus „gegen rechts“ brauchen, um politisch nachhaltig wirksam zu werden, klare Analysen: Was ist politischer Faschismus, was „nur“ dessen Vorstufe, Bündnispartner, nützlicher Idiot? Was sind die Kontinuitäten, was sind die Neuerungen? Und vor allem: Wem nützt es, welche politischen und ökonomischen Interessen sollen mit faschistischen Mitteln durchgesetzt werden? Die Gefahr ist aktuell groß, dass die Analyse auf der scheinbar besonders konsensfähigen Ebene von Vernunft vs. Unvernunft, Liebe vs. Hass usw. stehen bleibt und bestenfalls Ideen und Sprachspiele, nicht aber ihre materielle Basis und ihre besonderen Machtmittel sowie teils tief verankerte antidemokratische und rassistische Einstellungen und Alltagspraktiken näher betrachtet werden.

Notwendigkeit mehrdimensionaler Erklärungsansätze

Auch dieser Heftschwerpunkt kann für diese dringende Forderung an fortschrittliche Theoriebildung nur kleinere Ansätze bieten. Vor allem die ökonomische Basis der neuen Rechtsbewegung ist nicht hinreichend untersucht. Diese wird sich nicht als Funktion aus Wählerinnen- und Wähleranalysen ableiten lassen. Die Deutungen einer Bewegung der Modernisierungsgegner, der „Abgehängten“ oder eines neuen Stadt-Land-Gegensatzes erfassen nur Teilaspekte oder übersehen, dass die politischen Lager teils quer zur sozialen

Lage und sozialen Milieus liegen. Zudem besteht die Gefahr, Beruhigung und Selbstbestätigung daraus zu ziehen, rechte Gefahren eher im Milieu der anderen als im eigenen zu bemerken. Der historische Faschismus hatte ökonomische Interessen u.a. industrieller Kapitalfraktionen bedient und autoritäre Be- und Verarbeitungsweisen der Krise von 1929 gebündelt. Nach dem Ersten Weltkrieg und in der Weltwirtschaftskrise waren weltwirtschaftliche Verflechtungen zurückgegangen. Dies wurde politisch unterschiedlich verarbeitet. In den USA wurden mit dem New Deal Sozialpolitik und Infrastrukturpolitik unter demokratischen Vorzeichen ausgeweitet. Auch die faschistischen Regierungen in Europa griffen zu erweiterter ökonomischer Staatsaktivität des Nationalstaats, allerdings unter Ausschaltung der Arbeiterbewegung, rechtsstaatlichen und demokratischen Institutionen sowie aggressiv nach innen und außen. Nach der Finanzkrise 2008 ist die ökonomische Globalisierung in vielen Indikatoren rückläufig. Nationalstaatliche Wirtschaftspolitik einschließlich nationalistischer, partikularer und autoritärer ökonomischer Interessenverfolgung einerseits, einer Wiederbelebung von Sozialstaat und Infrastrukturpolitik andererseits haben an Bedeutung gewonnen. Die durchaus unterschiedlichen Bewertungen von Schutzzöllen und Brexit auf der Linken zeigen anhaltenden Diskussionsbedarf für die politisch-ökonomischen Einschätzung dieser Entwicklungen. Zugleich verweisen die Bewegungen und Proteste für eine gerechte und nachhaltige Handelspolitik auf die Optionen internationaler solidarischer Zusammenarbeit und ökonomischer Regulierung. Die Art und Weise wie und mit welchen Interessen über offene oder geschlossene Grenzen für Kapital und Arbeitskräfte und über Privilegierung „einheimischen“ Kapitals und „einheimischer“ Arbeitskräfte verhandelt und gekämpft wird, hat etwas mit den Aufstiegsbedingungen rechtsextremer Kräfte zu tun. Bislang scheint ein wichtiger Unterschied zur Situation vor 1933 zu sein, dass die politisch einflussreichsten Unternehmen und Kapitalfraktionen jedenfalls in Deutschland ein Interesse an Internationalität haben. Wird das so bleiben?

Joachim Bischoff, Klaus Busch und Hajo Funke konstatieren einen zentralen Zusammenhang zwischen dem Aufstieg des Rechtspopulismus in Europa und der nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 betriebenen Austeritätspolitik. Sie analysieren diesen Aufstieg am Beispiel Italiens und Polens anhand von grundlegenden Faktoren, denen in den jeweiligen Ländern eine unterschiedliche Bedeutung zukommt: „die ökonomische Entwicklung des Landes, die Entwicklung der sozialen Ungleichheit und deren Wahrnehmung, die politische Stabilität/Instabilität des Staates, die Migrations- und Flüchtlingsfrage sowie historisch-kulturelle Faktoren“. Eine Dynamik der Renationalisierung habe Integrationschritte der Eurozone und eine solidarische Lösung der Flüchtlingsfrage blockiert und sei in eine rechten Diskursen nahestehenden Abschottungspolitik gemündet. Zudem würden in Polen und Ungarn die Rechtsstaatlichkeit untergraben. Bislang scheiterten auch integrative Reformen, die zu einer höheren sozialen Stabilität hätten führen können, wie z.B. die Bekämpfung von Lohn- und Steuerdumping oder eine EU-Wirtschaftsregierung mit einem eigenen Budget für Investitionen. Der von der EU-Kommission geplante, im Kern zu begrüßende Green New Deal stehe im Widerspruch zum restriktiven EU-Fiskalpakt. Ohne eine Strategie der Investitionen und gegen soziale Ungleichheit insbesondere in den von der Sparpolitik stark betroffenen Ländern sowie einem finanziellen Ausgleich für die ökologische Transformation drohten der Green New Deal zu scheitern und der Rechtspopulismus weiter anzuwachsen, dessen Parteien gegen die Klimapolitik mobilisierten.

Faschismus und Exekutive

Der historische Faschismus hat seine brutale Machtausübung auf eine neuartige Verbindung staatlicher Macht- und Sicherheitsapparate mit gesellschaftlicher Gewaltausübung gegründet. In der Weimarer Republik ist es im Ergebnis nicht gelungen, Militär, Polizei, Verwaltung und Justiz dem demokratischen Rechtsstaat hinreichend zu verbinden.

Sie waren anfällig für einen autoritären Staat. Nach 70 Jahren Grundgesetz ist die Situation in der Bundesrepublik Deutschland anders. Schranken exekutiver Gewalt scheinen festgefügt. Doch haben gerade seit 1990 Gewalt- und Terrorakte – etwa rund um „NSU“ – die Frage aufgeworfen, wie stabil diese Sicherungen sind.

Sarah Schulz untersucht in Anknüpfung an die Analysen von Ernst Fraenkel und Franz L. Neumann die Rolle der Exekutive bei der Durchsetzung des Faschismus. Dabei bezieht sie sich auf die Analyse von Fraenkel, der die Kombination von regelorientiertem Normenstaat und politischem Maßnahmenstaat, den „Doppelstaat“, herausgearbeitet hat und zeigt deren Wurzeln im 19. Jahrhundert. Neumann definierte den Faschismus an der Macht im „Behemoth“ dagegen letztlich als „Unstaat“, in dem sich rechtsstaatliche Qualitäten völlig auflösen. Die unterschiedlichen Analysen verweisen auf unterschiedliche Entwicklungsstadien der faschistischen Machtausübung. Sie zeigen zugleich deren Gemeinsamkeit: Die Ungleichbehandlung der Menschen und die Maßnahmelogik. *Schulz* zeigt auf, dass die Exekutive als ausführende Gewalt grundsätzlich dafür anfällig ist, sich eine Maßnahmelogik anzueignen, die rechtsstaatliche Bindungen abstreift. Sie fordert von der Politikwissenschaft ein Forschungsprogramm, das die Exekutive, ihre Strukturen und Handeln stärker in den Blick nimmt.

Susanne Klein befasst sich in ihrem Beitrag mit autoritären Praktiken in der Polizei. Dabei sieht sie die Vergrößerung des Ermessensspielraums der Polizei, etwa durch die Ausweitung des Gefahrenbegriffs oder die Ausweitung der Überwachungsmöglichkeiten durch den Gesetzgeber kritisch. Dadurch könne die Rechtsstaatlichkeit bedroht und der Weg zur Willkür geebnet werden. Als weiteres Problem sieht Klein die Polizei- und Polizistenkultur. Durch die fehlende Fehlerkultur (Polizeikultur) und das Gefühl der Polizist*innen, „an vorderster Front im Kampf gegen das gesellschaftliche Chaos zu stehen“ (Polizistenkultur) sei es schwierig, Fehlverhalten der Polizei

gegenüber den Bürger*innen aufzuklären und zu verhindern. Um das zu ändern, brauche es eine „ehrliche und offene Arbeitsweise der Polizei“ und die Bereitschaft Fehler einzugehen. Auch müssten Menschenrechte in der „gesamten polizeilichen Laufbahn auf sämtlichen Ebenen“ kontinuierlich thematisiert werden.

Die gesellschaftliche Macht des Faschismus vor wie nach seiner Ergreifung der Staatsapparate baut auf Schrecken und Gewalt, verbal und materiell, die durch Massenmobilisierung mit modernsten Medien und populärer Demagogie bewerkstelligt wird. Hier sind die Parallelen zwischen früher und heute am einfachsten zu bemerken. Zu den unheimlichsten Parallelen gehört rassistische Ausgrenzung, heute z.B. als Diskurs der Urvolkung, sowie nationalistischer Geschichtsrevisionismus, aber auch gerade jene Spielart der Modernität und Wandlungsfähigkeit, mit der der Faschismus populäre Motive fortschrittlicher Bewegungen aufgreift und in ihr reaktionäres Zerrbild verwandelt. Auffällig ist dies auch heute in Form der Kritik der Auswüchse des globalen Kapitalismus als Werk „ausländischer Eliten“ oder auch gegen „das Volk“ verschworener Kosmopoliten – ohne für soziale Rechte etc. einzutreten. Ein weiteres Beispiel ist die antiislamisch-rassistische Instrumentalisierung und Umdeutung von Frauenrechten.

Die gesellschaftliche Linke ist sich nicht einig in der Analyse des Erfolgs rechtsextremer Mobilisierung heute. Beschränkt sich diese im Kern darauf, bereits vorhandene konservative und autoritäre Einstellungen und Narrative anzurufen und zu verstärken? Oder gelingt es der Rechten, integrativ-solidarische in partikular-solidarische und abgrenzende Vorstellungen umzuwerten und damit Mehrheiten zu verschieben? Sind andererseits Heimat und Sicherheit immer schon „rechts“ besetzt oder können sie im Sinne einer nicht ausgrenzenden regionalen und sozialen Zugehörigkeit mit demokratischen und rechtsstaatlichen Werten belegt werden?

Diskursstrategien der extremen Rechten

Dies betrifft das Feld der Politik und des Einflusses auf staatliche Entscheidungen – siehe nur die Beispiele Brasilien, Indien und die USA, aber auch den zivilgesellschaftlichen Raum insbesondere bei sozialen Netzwerken und Medien, in denen innerhalb unterschiedlicher Sprachräume, zum Teil aber auch darüber hinaus (vermeintliche) Nachrichten und ihre Interpretationen kursieren, die entweder bereits offen rechtsextrem sind, oder über ihre Elemente – Verschwörungstheorien und Kulturalisierungen, etc. – leicht anschlussfähig an rechtsextreme Diskurse sind.

Unter Bezug auf die Forschungen von Krzyżanowski zur Normalisierung rassistischer Diskurse in Mittel- und Osteuropa unterscheidet *Ruth Wodak* drei Stufen rechtspopulistischer Diskursstrategien, bei der sich u.a. die polnische Regierungspartei PIS auf tief verankerte rassistische und antisemitische Vorurteile stütze: „Das ‚enactment‘, bei dem der neue Diskurs durch eine „diskursive Verschiebung“ in die Öffentlichkeit eingeführt wird; die ‚graduation‘, die die Aufrechterhaltung der alten bestehenden Diskurse und die Diffusion und Integration der neuen Elemente markiert; und schließlich die ‚Normalisierung‘, durch die sich die Normen tatsächlich ändern“. Rechte Akteur*innen operierten mit einer „kalkulierten Ambivalenz“, die ständig die Grenzen des Sagbaren neu auslotete. Für öffentliche Debatten und Medienberichterstattungen empfiehlt die Autorin, die Aufmerksamkeit weniger auf einzelne Auftritte und Skandale zu richten und stattdessen rassistische Diskurse, Verschwörungstheorien und Lügen zu dekonstruieren und zu entlarven. Rechten Diskursen und der Politik der Angst könne eine Politik der Solidarität entgegengestellt werden, die sich auch gegen die neoliberale Leistungsideologie wendet.

Schwieriger darzustellen und nachzuvollziehen ist der Zusammenhang zwischen Sprache und politischem Diskurs und politischer Handlung. Schon das Manifest des Attentäters von Utoya aus dem Jahr 2011 wirkte einerseits

bizar und wirr, schloss andererseits aber an tatsächlich durch die neue Rechte befeuerten gesellschaftliche Diskurse an. Dies gilt mit Abstufungen auch für in der breiten Öffentlichkeit geführte Diskurse über tatsächliche oder vermeintliche Probleme von Integration in Deutschland. So schien es für die Sicherheitsbehörden bei der Nicht-Verfolgung der Taten des NSU lange völlig einleuchtend, politische oder kriminelle Motive zwischen den vermeintlich Fremden als tatauflösend zu vermuten – und auch Teile der ersten Berichterstattung über die Morde von Hanau waren aufgrund des Tatorts erneut von den gleichen rassistischen Vorurteilen geprägt. *Heike Kieffner* ruft im Interview den institutionellen Rassismus von Polizei und Sicherheitsbehörden in Erinnerung, der zu jenen Fehldeutungen entscheidend beitrug. Sie kritisiert u.a., dass der Einsatz von V-Leuten durch den Verfassungsschutz bis heute die Aufklärung rechtsextremer Strukturen und Verbrechen behindere, auch weil dem Quellenschutz bis heute Vorrang gegenüber der Strafverfolgung eingeräumt werde.²

Konservatismus – Rechtspopulismus – Faschismus

Die Grenzen zwischen Konservatismus, Rechtspopulismus sowie Rechtsextremismus scheinen dabei auch nicht immer klar auslotbar. Dies betrifft das offensichtlich völlig fehlende Verständnis von Teilen der CDU und FDP in Thüringen, mit wem sie da eigentlich faktische Bündnisse eingegangen sind. Es ist zu vermuten, dass dies auch deshalb geschah, weil ihre eigenen politischen Milieus mehr Schwierigkeiten mit der Wahl eines Linken zum Ministerpräsidenten als mit der Wahl eines anderen mit den Stimmen der AfD hatten.

Schon vor dem Tabubruch, unterstreicht *Klaus Dörre*, hätten sich politische Gemeinsamkeiten zwischen CDU, FDP und der AfD abgezeichnet, so etwa in dem vermeintlichen

Schutz des Waldes gegen Windräder oder Steuersenkungen für Unternehmen anstelle von Industriepolitik. Dennoch habe der antifaschistische Grundkonsens gehalten und die massive öffentliche Empörung konnte auch in Thüringen auf vielfältigen zivilgesellschaftlichen Protesten aufbauen. Zwar seien CDU und FDP geschwächt und die AfD habe möglicherweise ihr Wählerpotential ausgeschöpft, jedoch könne von denselben Kräften wieder der Versuch einer Mehrheitsbildung ausgehen. Im Hinblick auf die Landtagswahlen im nächsten Jahr fordert der Autor eine klare Richtungsentscheidung, die den Übergangszustand der „bonapartistischen Demokratie“ in Thüringen beende, u.a. durch eine rot-rot-grüne Strategie eines Green New Deal.

Die intellektuelle Netzwerkarbeit kleiner Zusammenhänge im Umfeld der extremen Rechten scheint jedenfalls an diesen Stellen anzuschlagen. Und wenn Friedrich Merz beim politischen Aschermittwoch der CDU im thüringischen Apolda „Berlin-Kreuzberg“ als Negativfolie zu einem vermeintlich im Saal versammelten wahren Deutschland macht, so bedient er damit einen Ablehnungsbogen von grünem Veganismus bis hin zu Gastarbeitermigration und multikultureller Lebensrealität. *Alexander Häusler* arbeitet die Überschneidungen und Kontinuitäten nationalkonservativer und faschistischer Strömungen in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert heraus: „War der historische Faschismus als eine völkisch-militaristisch radikalisierte Zuspitzung einer damals allgemein vorherrschenden Nationalisierung der Massen zu begreifen, so propagiert der aktuelle Rechtspopulismus eine geschichtsvergessene ‚Re-Nationalisierung‘, die zu einem Rückbau europäischer Integration und einer Zerstörung der Idee von der Überwindung nationalstaatlicher Zentralität führt.“

Ein für die Sozialdemokratie schmerzliches Kapitel ist, dass ein SPD-Mitglied einer der zentralen Brandbeschleuniger der öffentlichen Artikulation und Artikulierbarkeit rechtspopulistischen Denkens in Deutschland war. Zwar wurde richtigerweise direkt

² Zur Drucklegung lag die autorisierte Fassung des Interviews noch nicht vor. Es kann unter www.spw.de abgerufen werden.

der Versuch des Parteiausschlusses unternehmen – die Dimension von „Deutschland schafft sich ab“ für die Entwicklung des gesellschaftlichen Diskurses wurde nur von wenigen politisch Handelnden erkannt. Es ist zu hoffen, dass mit dem nun erfolgten Parteiausschluss zumindest das Kapitel des Parteimitglieds Sarrazin endgültig abgeschlossen ist. Darüber hinaus muss sich die Sozialdemokratie nicht nur in Deutschland kritisch mit einer durch sie teils mitgetragenen Politik der Abschottung gegenüber Geflüchteten auseinandersetzen, die rechte Diskurse nicht zurückgedrängt, sondern bestätigt hat.³

Die politisch-analytische Arbeit an den Zusammenhängen zwischen konservativer, rechtspolitischer Publizistik und politischem Diskurs muss jedenfalls weitergehen. Einfache Rutschbahnen von „integrationskritischer“ Publizistik zu rechtsextremem Gewalt gibt es nicht. Zusammenhänge sind fließend und komplex.

Nicht trivial ist daher die Frage, was die politische Linke eigentlich umgekehrt als „Gegendiskurs“ anzubieten hat. „Kein Fußbreit dem Faschismus“ ist die richtige Haltung – aber keine politische Strategie. Wichtig für den öffentlichen Diskurs dürfte u.a. sein, gerade keine Verknüpfung der Themen Migration/Integration, Islam und Rechtsextremismus zuzulassen. Rechtsextremem Terror ist keine Reaktion auf Flucht und Migration. Diskriminierung von Menschen auf Grund ihrer zugeschriebenen Herkunft oder Religion hat nichts mit ihrem tatsächlichen Verhalten zu tun.

Solidarische Politik und autoritäres Wähler*innenpotential

Letztlich stellt sich die Frage, was eigentlich die verbindenden Elemente eines öffentlichen Diskurses der Sozialdemokratie sein können – hier könnte sich neben der Gleich-

heit auch die Solidarität anbieten. Die Linke muss ein Bild gesellschaftlichen Zusammenhalts entwickeln, das gerade ohne simple Nationalismen auskommt – und dieses durch tatsächliches politisches Handeln unterfüttern. Dies betrifft u.a. den Erhalt und Ausbau öffentlicher Infrastrukturen genauso wie die Gestaltung von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, um mit einer sozial-integrativen Politik das eigene linke Lager zu remobilisieren. Zweitens sollte die Linke weiterhin versuchen, die für Rechtspopulismus „etwas weniger anfälligen“ Fraktionen für eine gemeinsame integrativ-demokratische Politik zu gewinnen und das entschieden rechte, autoritäre Lager durch Aufklärung über die inhumanen, antidemokratischen Positionen zu delegitimieren. Das linke solidarische Lager konnte mit dieser Politik bereits die eigenen Anhänger*innen mobilisieren. So hatte die SPD-Spitzenkandidatin und Ministerpräsidentin Malu Dreyer in Rheinland-Pfalz bei der Landtagswahl 2017 damit Erfolg, sich durch eine linke Sozial- und Bildungspolitik entschieden von den Rechtspopulist*innen abzugrenzen.⁴ Inwieweit und unter welchen Bedingungen Teile des rechtspopulistischen Wählerpotentials von demokratischen Parteien wieder erreicht werden könnten, wird kontrovers debattiert⁵ und muss sich letztlich in der Praxis beweisen.

Max Reinhardt ruft Arbeiten Adornos und Kühnls aus den 1960er und späten 1970er Jahren in Erinnerung und zeigt auf, dass ihre multidimensionalen Erklärungsansätze des Faschismus noch immer Aktualität beanspruchen können. So deutete Adorno den Aufstieg der NPD in den 1960er-Jahren u.a. als eine Kontinuität faschistischer Traditionslinien in teils ländlichen Regionen und Bevölkerungsgruppen sowie autoritäre Verarbeitungsmuster ökonomischer Entwicklungen und Krisen. Humanistische Appelle wie die Aufklärung über Ausschwitz könne,

⁴ Max Reinhardt, Stefan Stache (2019): Das rechte Lager und die Kosmopolit*innen, in: <https://www.freitag.de/autoren/mreinhardt/das-rechte-lager-und-die-kosmopolit-innen>.

⁵ Zur Analyse des autoritären Wählerpotentials und den Möglichkeiten wohlfahrtsstaatlicher Politik siehe Michael Vester (2017): Der Kampf um soziale Gerechtigkeit. Der Rechtspopulismus und die Potentiale politischer Mobilisierung, in: <https://www.spw.de/xd/public/content/index.html?pid=255>.

³ Siehe die Kritik an der Migrationspolitik von Gesine Schwan, in: Interview, spw Heftschwerpunkt "Europa anders machen – Sozialunion statt Marktunion" Heft Nr. 230 (2019).

so Adorno, jene Wähler*innengruppen nicht demobilisieren und steigern sogar deren Resentiments. Stattdessen müsse ihnen die zerstörerische Konsequenz für ihre eigene Alltagswelt vor Augen geführt werden. Ein Teil von ihnen lasse sich durch wohlfahrtsstaatliche Politik wie z.B. eines New Deal, trotz ihres Hasses auf Sozialismus und die Linke temporär gewinnen, ihr autoritärer Charakter sei jedoch im Kern nicht oder schwer ansprechbar. Kühnl analysiert unterschiedliche Faschismustheorien und arbeitet ihre Analyse Kriterien für die Entstehungsbedingungen heraus: von führerzentrierten über soziologische und psychologische Theorien bis hin zu Theorien der nationalen Besonderheiten, Modernisierungstheorien, Bündnistheorien und Monopolkapitaltheorien. Kühnl verdeutlicht auch den politischen Gehalt der Theorien, bei denen es sich auch um Deutungskämpfe handelt. Er arbeitet ihre „blinden Flecken“ heraus, allen voran der führerzentrierten Theorien, die zwar Elitenkämpfe beschreiben, aber die sozialen Bedingungen und den Aufstieg des Faschismus ausblenden. Kühnl zeigt auf, dass kulturelle, ökonomische, politische und soziale Bedingungen zusammengedacht werden müssen, um das Entstehen des Faschismus und seinen Aufstieg zu verstehen. Erst dann ergibt sich ein Gesamtbild der Entstehungsbedingungen des Faschismus.

Praktisch zu diskutieren ist daher auch über konsequente Antidiskriminierungsarbeit, aber auch über die Rolle von Polizei und Sicherheitsbehörden. Berichte über Vereine und Zusammenschlüsse von Rechtsextremen bei Bundeswehr und Polizei lassen aufhorchen. Die Gestaltung der Arbeit der Exekutive und die Frage, wie hier autoritären und rechtsextremen Tendenzen vorgebeugt werden kann, muss deshalb auch Teil der praktischen sozialdemokratischen Politik werden. Sicherungen des sozialen Rechtsstaates gegen eine Verselbstständigung der Exekutive sind Rechtsschutz, Selbstverwaltung und Partizipation. Sie gilt es gerade jetzt unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten und zu stärken.

Digitale Vernetzung und gegenseitige Bezugnahme weißer Extremisten

Der Heftschwerpunkt setzt sich jenseits eindimensionaler Trendannahmen oder Zuspitzungen mit den Dynamiken rechtspopulistischer bzw. neofaschistischer Mobilisierung, ihren Ursachen, Diskursen sowie rechter digitaler Vernetzung und Radikalisierung in Deutschland und Europa auseinander. Der Heftschwerpunkt knüpft an die Debatten und Themen aus spw 208 (2015) „Aufstieg der neuen Rechten?“ an. Wichtige Aspekte, wie z.B. die digitalen Strategien der extremen Rechten und deren internationale Vernetzung und gegenseitige Bezugnahme weißer Extremisten, werden wir in den nachfolgenden Ausgaben behandeln. Im Anschluss an spw 223 (2017) „Das Netz als politisches Kampf- und Konfliktfeld“ werden wir u.a. diskutieren, ob und in wie weit jene Vernetzungsstrategien auch Logiken folgen, die relativ autonom von ökonomischen Entwicklungen sind. ■